

# Wahlprüfsteine des Hessischen Philologenverbandes zu der Landtagswahl 2023:

## Attraktivität des Lehrerberufs heute und in Zukunft

1. Wie stehen Sie zum Beamtenstatus für Lehrkräfte?  
Wir stehen dem Beamtenstatus für Lehrkräfte positiv gegenüber und begrüßen, dass Hessen den Großteil der Lehrkräfte verbeamtet hat. Dies macht den Beruf attraktiv und schützt vor prekärer Beschäftigung, die auch Lehrerinnen und Lehrer treffen kann.
2. Welchen Zeitplan haben Sie für die Umsetzung des Gerichtsurteils für die verfassungsmäßige Besoldung der Lehrkräfte?  
2021 hat das Hessische Verwaltungsgericht festgestellt, dass hessische Landesbeamte nicht angemessen bezahlt werden. In dem Landeshaushalt 2023/24 wird dem Rechnung getragen, allerdings ist die stufenweise Erhöhung von jeweils 3% pro Jahr zu wenig. Denn eine verfassungswidrige Rechtslage ist nicht länger hinnehmbar. Es ist skandalös, dass die schwarz-grüne Landesregierung derart zögerlich ist. Die Besoldung muss sich stets an den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts orientieren. Besoldungsansprüche müssen auch rückwirkend angepasst werden.
3. Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Lehrkräfte nicht erneut von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt werden?  
Es muss sichergestellt werden, dass Tarifergebnisse ohne Verzögerung Landes- und Kommunalbeamte übertragen werden. Ganz bestimmt darf es nicht, unter welchen fadenscheinigen Begründungen auch immer, erneut zu einer verfassungswidrigen Nullrunde wie 2015 kommen.
4. In welchem Umfang gedenken Sie die Weiterentwicklung des Lebensarbeitszeitkontos voranzutreiben (Flexibilisierung)?  
Das Lebensarbeitszeitkonto wurde vor Jahren, nach vielen Protesten der Gewerkschaften zu der Erhöhung der Arbeitszeiten der Beamtinnen, als teilweisen Ausgleich eingeführt. Es gibt immer noch die 41 Stundenwoche in Hessen. Es ist nach wie vor unter den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes umstritten. Wir fordern schon seit Jahren eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeiten unter 40 Stunden und gleiche Arbeitszeiten für die Beamt\*innen wie im TV-H. Dann sollen alle Beschäftigten beim Land Hessen selbst entscheiden, ob sie ein solches Konto einrichten wollen.
5. Beabsichtigen Sie zur Attraktivitätssteigerung, falls Pensionäre über die gesetzliche Altersgrenze hinaus als Lehrkräfte zur Verfügung stehen, diese entsprechend der im Beamtenstatus erworbenen Erfahrungsstufe weiterzubezahlen?

Wir halten es für selbstverständlich, dass sich die Erfahrungsstufe und die entsprechende Besoldung in den Arbeitsverträgen, die mit pensionierten Lehrkräften, die zurück in den Dienst geholt werden, widerspiegeln.

6. Wie beabsichtigen Sie eine vollakademische Ausbildung und vollakademische Abschlüsse in der Besoldungsstruktur differenzierend abzubilden?  
Auch die Besoldung muss der geforderten Qualifikation entsprechen. Dies ist leider noch immer nicht der Fall. Unser vorrangiges Ziel bleibt weiterhin die Erhöhung der Besoldung für alle Grundschullehrkräfte auf die Besoldungsgruppe A13, und zwar nicht stufenweise über eine ganze Legislaturperiode gestreckt, sondern sofort! Dafür sind wir schon seit Jahren eingetreten. Wenn dies erreicht ist, werden wir uns mit anderen Ausdifferenzierungen der Besoldungen bei allen Lehrenden in Hessen, sei es im Schul-, aber auch im Hochschulbereich, intensiv auseinandersetzen.

## **Schulische Bedingungen**

1. Wie stehen Sie zur Vielgliedrigkeit des Schulsystems?

Wir lehnen die ausufernde Mehrgliedrigkeit entschieden ab. Das mehrgliedrige Schulsystem, welches Kinder nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schulformen selektiert, ist weder dazu geeignet noch dazu gedacht, SuS (Schüler\*innen) individuell zu fördern und Chancengleichheit zu schaffen. Vielmehr zementiert es Bildungsungleichheit und Bildungsungerechtigkeit. So zeigte beispielsweise der jüngst erschienene Chancenmonitor 2023 des ifo-Instituts, wie unterschiedlich die Wahrscheinlichkeiten von SuS sind, ein Gymnasium zu besuchen:

„Die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, liegt bei einem Kind mit einem alleinerziehenden Elternteil ohne Abitur aus dem untersten Einkommensviertel und mit Migrationshintergrund bei 21,5 Prozent. Im Gegensatz dazu liegt sie bei 80,3 Prozent, wenn das Kind mit zwei Elternteilen mit Abitur aus dem obersten Einkommensviertel und ohne Migrationshintergrund aufwächst.“<sup>1</sup>

Der hessische Grundschulverband hat schon vor Jahren klargestellt, dass Lehrkräfte überhaupt keine verlässliche Bildungsprognose nach der vierten Klasse geben könnten und die Methode der Schulempfehlung daher ablehnt.

Die Linke Hessen fordert, dass alle SuS von der ersten bis zur zehnten Klasse in echten Ganztagschulen zusammen lernen.

2. Wie werden Sie sicherstellen, dass die Grundschulen zukünftig wieder die grundlegenden schulischen Kulturtechniken verbindlich vermitteln?

Die Linke Hessen hat großen Respekt vor der hervorragenden Arbeit, die Grundschullehrkräfte trotz ihrer schlechten Arbeitsbedingungen, trotz immer ausufernder Zusatzaufgaben und trotz schlechterer und ungerechter Bezahlung leisten.

---

<sup>1</sup> [Der ifo-„Ein Herz für Kinder“- Chancenmonitor Wie \(un-\)gerecht sind die Bildungschancen von Kindern aus verschiedenen Familien in Deutschland verteilt?](#)

Die grundlegenden Kulturtechniken (hier sind wohl gemeint: Erlernen von Lesen und Schreiben, Erlernen und Anwenden der Basisrechenmethoden, das ordentliche Führen von Schulheften) werden in der Grundschule unter den bestehenden Rahmenbedingungen zuverlässig und engagiert gelehrt und gelernt. Lehrkräfte wären durch Entlastung (beispielsweise Absenkung der Pflichtstunden, Verkleinerung der Klassen, Verstärkung im Klassenzimmer in Form von multiprofessionellen Teams, Ausgliederung von Verwaltungsarbeiten) aber verstärkt in der Lage, sich individueller um jedes Kind zu kümmern.

3. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Eignung und Leistung für den Besuch des Gymnasiums wieder ausschlaggebend werden?  
Die Linke Hessen möchte die sofortige Abschaffung der Aussortierung von Kindern nach der vierten Klasse.
4. Wann werden Sie die Schul-, Schulleitungs- und Leitungsdeputate an die enorm gestiegenen und häufig durch Verordnungen und Erlasse verursachten Belastungen angleichen?  
Diese Forderung haben wir in den letzten Jahren immer wieder erhoben, und wir wissen um die drängende Notwendigkeit, um Lehrkräfte und Schulleitungen zu entlasten.
5. Welche Pläne haben Sie zur Verbesserung der räumlichen und sächlichen Ausstattung an Schulen?  
Seit vielen Jahren fordern wir bezüglich der Schulgebäudesanierungen eine umfassende, hessenweite Bedarfsanalyse. Die GEW Hessen geht von einem Sanierungsbedarf von bis zu fünf Milliarden Euro aus, und dies nur, um schon bestehende Gebäude zu sanieren. Doch damit ist es ja nicht getan! Viele Schulen verfügen noch immer nicht über eine Mensa. Häufig sind nicht einmal genügend Lernräume vorhanden. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsgrundschulplatz ab 2026 wird diese Situation noch verschärfen.  
Daher hat die Fraktion Die Linke 2022 einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Land Hessen in die Finanzierung von Schulsanierungen einbeziehen würde (Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Hessen, Drucksachenummer 20/9293), dieser wurde abgelehnt.  
Hinzu kommt, dass ein inklusives Schulsystem natürlich auch eine inklusive Schulausstattung benötigt. Ebenso müssen Mittel für eine umfassende und für SuS und Lehrkräfte kostenlose Digitalisierung zur Verfügung stehen.
6. Welche Entlastungsbedarfe sehen Sie für Lehrkräfte?  
Nur die wenigsten Lehrkräfte glauben das Pensionsalter unter den derzeitigen Rahmenbedingungen gesund erreichen zu können. Tatsächlich ist die Anzahl der Frühpensionierungen sehr hoch in Hessen. Immer mehr Brandbriefe und Überlastungsanzeigen erreichen das Hessische Kultusministerium und auch uns. Unsere konkreten Forderungen zur Entlastung von Lehrkräften sind:
  - Verkleinerung der Klassen
  - Herabsenkung der Pflichtstunden
  - Einrichtung von multiprofessionellen Teams in den Klassenzimmern
  - Ausgliederung von Verwaltungs- oder anderer zusätzlicher Aufgaben
  - Gesundheitsvorsorge für Lehrkräfte

- Errichtung einer schulpsychologischen Anlaufstelle an jeder Schule
7. Welche Pläne verfolgen Sie in Bezug auf die Aufstockung der Stellen für Assistenzen und Zusatzkräfte für die vielen zusätzlichen pädagogischen Aufgaben in der Schule?  
Der Linken Hessen ist die Etablierung multiprofessioneller Teams in den Klassenzimmern sehr wichtig, wobei „professionell“ genau das bedeutet, was es heißt: gut ausgebildete Fachkräfte übernehmen fachspezifische Aufgaben und arbeiten so mit Lehrkräften zusammen.
  8. Wann planen Sie, verlässlich an allen Schulen Verwaltungskräfte zu etablieren? Dies gehört zu den Maßnahmen, die Die Linke Hessen augenblicklich umsetzen möchte, um Lehrkräfte und Schulleitungen umgehend zu entlasten.
  9. Wie sehen Ihre Konzepte in Bezug auf die Ausgestaltung des Ganztages an hessischen Schulen aus?  
Nur etwa 2% aller hessischen Grundschulen sind echte Grundschulen, die nach Profil III arbeiten. Dennoch lobt sich die Landesregierung unermüdlich für die angebliche Wahlfreiheit, die Eltern haben. 2026 wird der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsgrundschulplatz realisiert. Konzepte aus dem HKM sind bislang nicht vorhanden, vielmehr bleibt zu befürchten, dass die tatsächliche Ausgestaltung wieder den Städten und Kommunen überlassen wird. Die Linke Hessen fordert und fördert den Ausbau echter Ganztagschulen in gebundener oder teilgebundener Form, und zwar in schulischer Verantwortung und somit kostenfrei für Eltern. Dies beinhaltet rhythmisierten Unterricht über den Tag mit ausreichen Pausen und Wahlangeboten wie Sport, Musik usw. (in Kooperation mit Vereinen und Institutionen) und ein kostenfreies Mittagessen.

## **Heterogenität und Realität im Schulalltag**

1. Welche Konzeptionen verfolgen Sie mit Blick auf die Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf? (Ausgestaltung der Inklusion, Erhalt der Förderschulen)  
Die Linke Hessen setzt sich für ein inklusives Schulsystem ein, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht. Daher fordern wir, dass alle Schulen entsprechend ausgestattet werden, räumlich, sachlich und personell. In der inklusiven Schule werden Kinder gemeinsam unterrichtet, Kinder mit und ohne Behinderung, Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, Kinder allen Glaubens und Kinder ohne religiösen Bezug, Kinder reicher und Kinder armer Eltern, Kinder aus Akademikerfamilien und Kinder aus Familien ohne großen Bildungshintergrund. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob sich die Förderschulen für Alle öffnen oder die Regelschulen. Wichtig ist aber, dass Förderbedarf egal welcher Art von gut qualifizierten Fachkräften diagnostiziert und behandelt und behoben wird.
2. Welche zusätzliche Unterstützung ist für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache geplant? (z.B. zusätzliche UBUS-Kräfte, sozialpädagogische Betreuung)

Sozialpädagogische Unterstützung muss endlich fester Bestandteil nicht nur an den Schulen, sondern auch in den Klassenzimmern werden.

Uns ist nicht ganz klar, worauf diese Frage abzielt, denn wenn es um die Sprachförderung und den Spracherwerb geht, hätte nach DaZ-Kräften gefragt werden sollen. Warum SuS nicht deutscher Herkunftssprache pauschal sonderpädagogische Betreuung benötigen, erschließt sich uns nicht.

3. Welche Lösungen zum Schutz vor Übergriffen auf Lehrkräfte werden Sie etablieren? Wie kann die Ahndung von physischer und psychischer Gewaltausübung gegen Lehrkräfte verbessert werden?  
Auch hier möchten wir auf die Notwendigkeit multiprofessioneller Teams, auf den Ausbau von sonderpädagogischer Arbeit und die Etablierung einer schulpsychologischen Anlaufstelle an jeder Schule verweisen.

## **Digitalisierung**

1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler flächendeckend mit den notwendigen digitalen Kompetenzen die Schule verlassen?  
SuS haben teilweise weitaus weniger Berührungspunkte mit digitalen Medien als die eine oder andere Lehrkraft. Dennoch wird ein pädagogisches Digitalisierungskonzept für Schulen benötigt, das auch aus wissenschaftlicher und pädagogischer Sicht aufzeigt, welche digitalen Endgeräte und welche digitalen Unterrichtsinhalte ab welchem Alter sinnvoll sind.
2. Wie stehen Sie zu einer flächendeckenden Einführung des Faches Informatik in der Sekundarstufe I?  
In dieser Frage sind wir etwas zwiespalten. Die Inhalte, die das Fach Informatik bietet oder bieten könnte, würden auch fächerübergreifend etabliert werden können.
3. Welche Maßnahmen sind im Anschluss an das Auslaufen des Digitalpaktes zum digitalen Ausbau der Schulen Ihrerseits geplant?  
Zunächst einmal stellt sich die Frage, ob der Digitalpakt verwirklicht, was er verspricht. Noch immer existieren Schulen in Hessen, die nicht oder nur schlecht über W-lan verfügen. Noch längst hat nicht jede Lehrkraft und alle SuS ein kostenfreies Endgerät. Erst wenn diese gestellt werden (und unter Lehrmittelfreiheit fallen), kann überhaupt von der Möglichkeit eines digitalisierten Schulsystems gesprochen werden.  
Hinzu kommt natürlich, dass das zur Verfügung stellen von digital nutzbaren Geräten noch längst nicht ausreicht. Wir wissen von Schulen, die mit Whiteboards ausgestattet wurde, aber derart schlechtes W-lan haben, dass diese nutzlos sind.

Auch müssen Lehrkräfte geschult und regelmäßig fortgebildet werden. Natürlich bedarf es dauerhaft auch an IT-Kräften zur Einrichtung und Wartung digitaler Geräte und Medien.

4. Wie stehen Sie zu der Forderung, dass digitale Endgeräte für die Schülerinnen und Schüler in die Lehrmittelfreiheit aufgenommen werden?

Die Linke Hessen ist empört und verärgert, dass die Novellierung des Hessischen Schulgesetzes genau das Gegenteil geregelt hat. Natürlich müssen Lernmedien, auch wenn sie von Hessischen Kultusministerium als noch immer als „neu“ oder „modern“ angesehen und bezeichnet werden, kostenlos zur Verfügung gestellt werden. *Bring your own device* lehnen wir **entschieden** ab.